

Tod durch Feinstaub

Bundesärztekammer fordert besseren Schutz der Bevölkerung

BERLIN • Als Reaktion auf das Feinstaub-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) fordert die Bundesärztekammer von den Kommunen einen besseren Schutz der Bevölkerung.

Die Entscheidung schärfe „hoffentlich das Bewusstsein für die Gefahren von Feinstaub in der Atemluft“, sagte gestern Martina Wenker, Vorsitzende des Ausschusses „Gesundheit und Umwelt“ der Bundesärztekammer. Das BVG hatte die Rechte der Anwohner stark befahrener Straßen gestärkt. Die Feinstaub-Partikel, so Wenker, könnten tief in die Lunge eindringen, dort Schädigungen des Lungengewebes hervorrufen und damit zu Husten, Bronchitis und Asthmabeschwerden führen. „Nicht nur eine weitere Zunahme von Atemwegserkrankungen ist zu befürchten, auch das Risiko für Herz-Kreislaufkrankungen steigt, wenn nicht zügig etwas gegen die Luftverschmutzung durch Feinstaubpartikel unternommen wird“, sagte Wenker. Kinder seien besonders gefährdet. Nach einer Studie der Weltgesundheitsorganisation müssten in Europa jährlich bis zu 13 000 Todesfälle bei Kindern im Alter von bis zu vier Jahren auf die Partikelbelastung in der Außenluft zurückgeführt werden: „Mehr als 5000 dieser Kinder könnten gerettet werden, wenn die Belastung durch Feinstaub auf die EU-Grenzwerte gesenkt würde.“ « **RB**

Gericht wirbelt Feinstaub auf

FDP und Grüne sehen Stadt in der Pflicht

von Joachim Stöwer

BOCHUM Die Kämpfer gegen die Feinstaubbelastung sehen sich durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gestärkt – und den Schwarzen Peter jetzt bei der Stadt.

„Die Verwaltung kann sich nicht länger um ihre Verantwortung drücken“, kommentierte der Bochumer Grünen-Sprecher Christian Michalak die Entscheidung der höchstrichterlichen Instanz in Leipzig, die einem Münchner Kläger Recht gab und die Kommune in der Pflicht sieht, gegen Feinstaub (PM 10) einzuschreiten und nicht erst auf einen Aktionsplan des Regierungspräsidenten zu warten, wie es zurzeit auch in Bochum geschieht.

„Urteil abwarten“

„Das Urteil bestätigt unsere grüne Forderung nach konkreten Maßnahmen vor Ort“, bekräftigt Michalak, der nach fundiertem Feinscreening der Umweltexperten insgesamt 22 Straßen in Bochum unter zu hoher Belastung sieht – „hier wird die Gesundheit der Menschen fahrlässig aufs Spiel gesetzt.“ Dass Insellösungen wie in Dortmund zwar im Prinzip wenig hilfreich sind, ist auch den Grünen klar, doch, so Michalak: „gar nichts tun, hilft noch weniger.“ Sein Vorschlag: Fahrzeuge ohne Feinstaubplaketten aus den am stärksten belasteten Zonen zu verbannen.

Mit solch konkreten Schritten will sich die städtische Umweltbehörde allerdings noch Zeit lassen. „Wir warten erstmal das schriftliche Urteil des Gerichts ab, dann können wir Stellung nehmen“, wiegelt Umweltamtsleiter Gerd Zielinsky noch ab.

Stellung hatte in den letzten Monaten u.a. schon die FDP bezogen und konkrete Maßnahmen auf der Herner Straße gefordert. Hier hatte das Landesumweltamt im Januar eine Messstation aufgestellt. Zu vermuten ist, dass hier der Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub an 35 Tagen im Jahr überschritten wird. Bislang leuchtete die rote Lampe 26 Mal.

Zurzeit arbeitet die Verwaltung an einem LKW-Lenkungsplan – „das dauert aber zu lange“, erregt sich FDP-Ratsmitglied Hans-Otto Forth. Es wäre doch ein Leichtes, wenigstens die beliebte innerstädtische die Abkürzung von der A 40 zur A 43 für den LKW-Durchgangsverkehr zu sperren. „Das Urteil schafft endlich Rechtsklarheit, die Stadt kann sich jetzt nicht mehr herausreden“, sagt Forth, der auch Tunnellösungen bei der A 40 in Grumme und an der Wibbeltstraße fordert.

Chance für CargoCap

Schließlich sieht er in dem Richterspruch auch einen Bedeutungszuwachs für das an der RUB entwickelte Cargo Cap – das unterirdische Transportsystem sollte als Warezubringer von einem Herner Logistik-Standort mit Bahn- und Kanal-Anschluss in die City ausgebaut werden.

Bestätigt fühlen können sich letztlich auch die Kläger gegen den A 40-Ausbau/Westkreuz. Die Bürgerinitiative gegen die DüBoDo rechnet damit, dass bei der Verhandlung in der Hauptsache über die umstrittenen Planfeststellungsbeschlüsse nun auch die Feinstaub-Argumente stärker ins Gewicht fallen werden.

Ruhr Nachrichten, 29. September 2007